

TELEFONÜBERWACHUNG

Leise legalisiert

In aller Stille hat der Bundestag eines der umstrittensten Mittel im Anti-Terror-Kampf legalisiert. Der so genannte IMSI-Catcher ermöglicht der Polizei, Mobiltelefone zu orten und zu identifizieren. Die Abgeordneten billigten ohne weitere Beratung einen Gesetzesentwurf der rot-grünen Bundesregierung, der den Einsatz des IMSI-Catchers bei „Straftaten von erheblicher Bedeutung“ erlaubt. Mit dem etwa schuhkartongroßen Gerät können die Strafverfolger auch dann Verdächtige überwachen,

wenn diese auf andere Namen zugelassene Handys benutzen. Allerdings – und das macht den Catcher so umstritten – werden die Daten sämtlicher Mobiltelefone im Umkreis von etwa hundert Metern erfasst, ohne dass die Besitzer es erfahren. Auch deren Gespräche können abgehört werden. Datenschützer haben deshalb Bedenken gegen den Einsatz des Geräts. Die mehr als 50 000 Euro teuren Boxen waren von Ermittlern jahrelang ohne ausdrückliche gesetzliche Grundlage eingesetzt worden. Das neue Gesetz erlaubt das Abhören nun nach einem richterlichen Beschluss. Am 21. Juni soll es im Bundesrat behandelt werden.

POLIZEI

Konzept gegen Krawalltouristen

Militante Demonstranten sollen es künftig schwerer haben, Randalie zu veranstalten. Als Antwort auf die Ausschreitungen beim EU-Gipfel in Göteborg und beim G-8-Treffen in Genua voriges Jahr wollen die Innenminister von Bund und Ländern vor allem die Rolle des Bundeskriminalamts (BKA) stärken. Die Wiesbadener Behörde soll künftig als „nationale Kontaktstelle“ mit europäischen Kollegen ständig Informationen über „international agierende gewaltbereite Störer“ in der EU austauschen, beschlossen die Minister vergangene Woche. Zudem



LUCIANO DEL CASTILLO / DPA

einigten sich die Innenressortchefs darauf, vor Demonstrationen Listen mit Namen potenzieller Randalierer an das BKA zu melden. Den Katalog will die Bundesbehörde dann an alle deutschen Polizeidienststellen samt Bundesgrenzschutz sowie den Verfassungsschutz und betroffene EU-Mitgliedsländer schicken. Auch die Fahndung nach Straftätern, die von Demonstration zu Demonstration reisen, sowie die Sammlung von Beweismitteln soll in Wiesbaden koordiniert werden.

Militanter Demonstrant (in Genua)

GEWERKSCHAFTEN

Sommers Eiertanz

Der neue DGB-Vorsitzende Michael Sommer hat Probleme mit seiner Glaubwürdigkeit. Vor zwei Wochen hatte der frisch gewählte Gewerkschaftsboss unionsnahe Arbeitnehmervertreter mit der Erkenntnis überrascht, er „glaube persönlich nicht daran, dass es für Rot-Grün reicht“. Eine Große Koalition, so Sommer, wäre „vielleicht die große Chance, das machen zu müssen, was uns nach vorn bringt, ohne dass gebremst wird“. Als die Äußerungen des DGB-Chefs bekannt wurden, war man in der

SPD irritiert; noch tags zuvor hatte Sommer Bundeskanzler Gerhard Schröder öffentlich den Rücken gestärkt. Sommer ruderte daraufhin zurück und bezeichnete in einem Brief an seine Funktionäre die Meldungen als „Gerüchte“ und „Spekulationen“. Zu dumm: Zwei Journalisten waren Zeugen der Äußerung, die Sommer nun bestreitet. Seine Annäherung an die Union setzt der Gewerkschaftsführer indes fort: Am vergangenen Freitag sagte er vor dem Vorstand der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, die Gewerkschaften seien „nicht der verlängerte Arm der SPD“. Kommenden Montag spricht Sommer gar auf dem Wahlparteitag der CDU.